

Freizügigkeit

Kapitalbezug

BVK 1

BVK 2

Öffentlich-rechtliche Pensionskassen 1

Öffentlich-rechtliche Pensionskassen 2

Pensionskassen

Neue Anlagemöglichkeiten

Stiftungen, die Freizügigkeitskapital verwalten, dürfen ab nächstem Jahr das Vorsorgekapital der Versicherten neu auch in Bundes- oder Kassenobligationen und in ausländischen Anlagefonds anlegen. Der Bundesrat hat die entsprechende Verordnung in diesem Sinne angepasst. Diese Marktöffnung soll gemäss einer [Mitteilung](#) des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) den Wettbewerb unter den Einrichtungen fördern, ohne dass die Sicherheit für die Anleger tangiert wird.

Bundesgericht revidiert Auslegung

Wer einen steuerbegünstigten Einkauf in die Pensionskasse tätigt, darf in den folgenden 3 Jahren keinen Kapitalbezug als Teil der Pensionierung tätigen. Nach Auffassung des Bundesgerichts umfasst diese Restriktion das gesamte Altersvorsorgekapital, nicht bloss den als Einzahlung getätigten Teil. Mit dem Urteil (2C 658/2009) widerspricht es der seit der BVG-Revision gängigen Praxis, dass sich das Auszahlungsverbot nur auf den Einkaufsbetrag bezieht.

Mitglieder und Präsident der PUK gewählt

Der Zürcher Kantonsrat hat die Mitglieder der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Pensionskasse des Kantons Zürichs (BVK) gewählt: Markus Bischoff (Alternative Liste) präsidiert die Kommission. Von den weiteren 10 Mitgliedern gehören je 2 der SVP, FDP und SP sowie je 1 CVP, EDU, GLP und EVP an.

Diverse Verflechtungen des ehemaligen Anlagechefs

Der «Tages-Anzeiger» zeigt weitere Verflechtungen im Fall des teilweise geständigen früheren Anlagechefs der Pensionskasse des Kantons Zürichs (BVK) auf. Gemäss einem [Artikel](#) des «Tages-Anzeiger» soll der Ex-Anlagechef insgesamt 2 Mio. Franken an Bestechungsgeldern entgegengenommen haben. Für alle Involvierten gilt die Unschuldsvermutung.

Internes Referendum gegen Sanierungsmassnahmen der CIA

Der Sanierungsplan der Pensionskasse des Kantons Genf (CIA) wird angefochten: Die Gewerkschaft VPOD ergreift ein internes Referendum gegen die Sanierungsmassnahmen, die die Delegiertenversammlung verabschiedet hat. Damit ein solches internes Referendum zustande kommt, sind die Unterschriften von 300 Versicherten (Aktive und Rentner) der CIA nötig. Die Modalitäten des Vorgehens sind gemäss der «Tribune de Genève» nicht ganz klar, das letzte Referendum dieser Art ist über 30 Jahre her.

Riehen bleibt bei der PKBS

Die Angestellten der Gemeinde Riehen bleiben weiterhin in einem Vorsorgewerk der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) angeschlossen. Eine Prüfung des beste-